



Gewerkschaften in Serbien im Aufbruch?

BOJAN LADJEVAC
Oktober 2016

- Um ausländische Investitionen in größerem Umfang anzuziehen und so die serbische Wirtschaft anzukurbeln, nimmt die serbische Regierung die Senkung der Arbeitsstandards und die Vernachlässigung der Institutionen des Sozialdialogs in Kauf. Die Gewerkschaften sehen sich seit Jahren in die Defensive gedrängt.
- Die Gewerkschaftslandschaft ist hochfragmentiert. Etwa 20 Prozent der Arbeitnehmer_innen sind in fünf rivalisierenden Dachverbänden und einer Reihe von unabhängigen Betriebsgewerkschaften organisiert. Jedoch bildeten sich, als Antwort auf die Arbeitsrechtsreform des Jahres 2014, zwei Gewerkschaftsbündnisse. Es bleibt abzuwarten, inwieweit diese Entwicklung zur faktischen Konsolidierung der Gewerkschaftsszene beitragen kann.
- Wegen der Diskreditierung der linken Idee durch den Nationalismus der 1990er-Jahre hat sich in Serbien ein Gleichschritt zwischen linken Parteien und Gewerkschaften nie entwickeln können. Stattdessen verfolgen diese partikulare Interessen. Angesichts der aktuellen parteipolitischen Konstellation in Serbien ist keine weitere Annäherung zu erwarten.
- Der wirtschaftliche Reformkurs der aktuellen Regierung unter der Aufsicht des IWF erfordert von Gewerkschaften neue Antworten und alternative Konzepte, um die Interessen der Arbeitnehmer_innen wirkungsvoller vertreten zu können. Eine kritische Auseinandersetzung mit eigenen Organisationen und eine nachhaltige Überprüfung ihrer Funktionskapazitäten im Zuge der europäischen Integration findet leider kaum statt.



Inhalt

1. Gewerkschaftslandschaft in Serbien nach der demokratischen Wende	3
1.1 Die wichtigsten Gewerkschaftsbünde	3
1.2 Zwischen Polarisierung und Konsolidierung	5
1.3 Schwache Ressourcen und begrenzte Handlungsmöglichkeiten	6
2. Gewerkschaften und Staat	7
3. Gewerkschaften und ihre Kernaufgaben	8
3.1 Sozialer Dialog im Schatten des Staates	8
3.2 Die Erosion der Tarifstrukturen	9
4. Gewerkschaften und Parteien: Bündnispartner oder Konkurrenten?	10
5. Perspektiven für die nächsten Jahre	11
Anhang: Gewerkschaftliche Dachverbände in Serbien im Überblick	12

1. Gewerkschaftslandschaft in Serbien nach der demokratischen Wende

In Serbien sowie der gesamten Region des Westbalkans zeigt sich ein drastischer Rückgang der gesellschaftlichen Macht der Arbeitnehmer_innen und Gewerkschaften in den letzten Jahrzehnten. Das lässt sich vor allem an der Anzahl der Gewerkschaftsmitglieder feststellen. Vor nur 15 Jahren lag der gewerkschaftliche Organisationsgrad noch bei etwa 80 Prozent. Aufgrund der Deindustrialisierung der serbischen Wirtschaft, der zahlreichen gescheiterten Privatisierungen der staatlichen Unternehmen und ausgeprägtem Vertrauensverlust in Gewerkschaften beträgt diese Zahl heute lediglich 20 Prozent. Gewerkschaftliche Macht(-losigkeit) schlägt sich am sichtbarsten im nationalen tripartistischen Gremium nieder, in welchem die repräsentativen Gewerkschaften seit Jahren mit den Arbeitgebern und der Regierung um einen der niedrigsten Mindestlöhne europaweit streiten. Der Mindestlohn beträgt ca. ein Euro pro Stunde, was selbst unter der Bedingung von Vollzeitarbeit nur 60 Prozent des für die Existenzsicherung nötigen statistischen Warenkorb deckt. Vor dem Hintergrund, dass Serbien schon seit langer Zeit eine strukturelle Arbeitslosigkeit von 20–25 Prozent aufweist und dementsprechend auch ein stark ausgeprägter Druck auf die Nachfrage nach guten Arbeitsplätzen herrscht, lässt sich erklären, dass die Arbeitnehmer in Serbien ein sehr niedriges Verhandlungspotenzial sowohl auf der Ebene des Unternehmens als auch auf der Ebene der Branchen haben. Zudem hat Serbien in seiner Wirtschaftsstruktur einen sehr geringen Anteil an hochentwickelten Produktionsbereichen, einen viel höheren Anteil bei der primären Rohstoffverarbeitung und nur einen rudimentären tertiären Sektor mit niedrigem Dienstleistungsniveau, wo schnelles Anlernen und Ersatz von Mitarbeiter_innen möglich sind, sowie eine hohe Abhängigkeit der Mitarbeiter_innen von den vorhandenen Arbeitsplätzen. Das zeugt von einer fortgeschrittenen Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen, vor allem in der Privatwirtschaft und von einem äußerst ungünstigen Umfeld für das gewerkschaftliche Handeln. Das Ausbleiben der Effekte gewerkschaftlichen Handelns im Zuge der Transformationsprozesse und die Wirtschaftskrise seit 2008 hat zur Erosion des öffentlichen Images der Gewerkschaften geführt. Es ist daher nicht überraschend, dass heute nur 15 Prozent der serbischen Bürger Vertrauen in Gewerkschaften pflegen. Obwohl immer schwächer, sind Gewerkschaften immer noch die wichtigsten sozialen Organisationen der serbischen Gesellschaft. Der

arbeitgeberfreundliche Reformkurs der aktuellen Regierung Vučić erfordert aber gerade von diesen neue Antworten und alternative Konzepte, um die Interessen der Arbeitnehmer_innen wirkungsvoller vertreten zu können. Dennoch fehlt im serbischen Gewerkschaftsdiskurs nach wie vor sowohl eine kritische Auseinandersetzung mit den eigenen Organisationen als auch die nachhaltige Überprüfung ihrer Funktionskapazitäten.

1.1 Die wichtigsten Gewerkschaftsbünde

Fast alle Gewerkschaften in der aktuellen Gewerkschaftslandschaft Serbiens sind zu verschiedenen Zeitpunkten aus dem Bund der Selbstständigen Gewerkschaften Serbiens SSSS (*Savez samostalnih sindikata Srbije*) hervor gegangen, dem Rechtsnachfolger der Einheitsgewerkschaft aus der Zeit des Realsozialismus.¹ Diese Gewerkschaft hat mit Abstand die längste Tradition im Arbeiterkampf in der serbischen Geschichte. Zu Zeiten des Milosevic-Regimes in den 1990er-Jahren sahen aber viele Beobachter in dieser Organisation lediglich eine verlängerte Hand der damaligen politischen Strukturen, denn darin konnte man weder das Potenzial zur Förderung der Demokratisierung der Gesellschaft, Kooperationsbereitschaft mit den Reformgewerkschaften noch den Wunsch zu einer Transformation in Richtung Interessenvertretung und Akzeptanz der Grundsätze der Marktwirtschaft erkennen. Dem SSSS ist es jedoch in den Transformationsjahren seit 2000 gelungen, sowohl seinen Immobilienbesitz an attraktiven Standorten in den größten serbischen Städten als auch die innere Kohärenz einigermaßen aufrechtzuerhalten, weshalb er bis heute der mächtigste Dachverband in Serbien ist. Er ist gekennzeichnet durch einen verästelten Organisationsaufbau, zusammengesetzt aus 28 branchengebundenen Gewerkschaften sowie regionalen Räten und Ausschüssen in allen größeren Städten. Dennoch scheint gerade diese überkommene, aus der früheren staatssozialistischen Ära stammende Organisationsstruktur mit vielen Entscheidungsstellen eine negative interne Streitkultur geschaffen zu haben, die eine Vertretung der partikularen Interessen begünstigt. Dies wird in Krisenzeiten verschärft, und so resultierten die im Rahmen der internen Verfahren nicht gelösten Konflikte in der Regel in der Abspaltung und Etablierung neuer Gewerkschaften.

1. Der amtierende Vorsitzende Ljubisav Orbovic steht der Gewerkschaft seit 2007 vor.

Spätestens während des 15. Kongresses im Mai 2015, bei dem der Vorsitzende Ljubisav Orbović wiedergewählt wurde, sind in der mitgliederstärksten Gewerkschaft Serbiens die internen Konfliktlinien offensichtlich geworden (Gewerkschaften im öffentlichen vs. privaten Sektor, Branchengewerkschaften vs. regionale Vertretungen, Vojvodina Führung vs. Belgrader Zentrale). Aufgrund des dramatischen Mitgliederschwundes sind die Gründe vor allem in den schrumpfenden finanziellen Quellen zu suchen. Die mitgliederstärksten SSSS-Organisationen sind die Gewerkschaften im Bildungswesen, Gewerkschaften in der öffentlichen Verwaltung und Metall- und Chemiegewerkschaft. Obwohl keine verlässlichen Angaben zu Mitgliederzahlen der Gewerkschaften in Serbien vorliegen, kann man davon ausgehen, dass etwa 45 Prozent der organisierten Mitglieder in Serbien in diesem gewerkschaftlichen Dachverband vertreten sind.

Die erste unabhängige Gewerkschaft in Serbien, die UGS Nezavisnost², entstand auch in den turbulenten 1990er-Jahren als Ausdruck der Unzufriedenheit mit der Politik der einzigen Gewerkschaft und der Bestrebung nach Änderungen in Richtung eines demokratischen Umbruchs, der von der damaligen jugoslawischen Regierung angekündigt worden war. Das Gründungsjahr von Nezavisnost (1991) markierte den Beginn des gewerkschaftlichen Pluralismus in Serbien. Diese Gewerkschaft wurde sehr schnell nach ihrer Gründung zum Teil einer breiteren politischen Bewegung, die sich zum Zwecke des Sturzes des Regimes von Slobodan Milosevic versammelte und in den 1990er-Jahren beträchtliche internationale Unterstützung genoss. UGS Nezavisnost nutzte diesen europäischen Austausch durch Projektarbeit, um ihre Kompetenzen und ihre personelle Basis zu erweitern. Sie galt deshalb viele Jahre als gewerkschaftliche Avantgarde. Seit 2000 verliert UGS Nezavisnost jedoch viele Mitglieder, vor allem wegen interner Streitigkeiten und gescheiterten Privatisierungsprozessen in den Branchen, in denen die Gewerkschaft einst stark verankert war (Metall-, Chemieindustrie usw.). Nach einem Konzentrationsprozess agieren unter dem Dach von Nezavisnost zehn Branchengewerkschaften, die in der Praxis von der Zentrale stark abhängig sind. Die mitgliederstärksten Nezavisnost-Branchengewerkschaften sind heute im Bildungs- und Gesundheitswesen sowie in den

kommunalen Versorgungsbetrieben verankert. Ende des Jahres 2016 tagt der nächste Gewerkschaftskongress, das höchste Entscheidungsgremium der Gewerkschaft. Es sind sowohl personelle als auch programmatische Änderungen zu erwarten.

Obwohl alle Gewerkschaftsführungen in ihren Satzungen mittlerweile die finanzielle und politische Unabhängigkeit, Grundsätze interner Demokratie, eine Entscheidung für den Sozialdialog und die europäische Integration betonen, können sich einer höheren internationalen Bekanntheit bei den europäischen Gewerkschaftsbünden und internationalen Organisationen nur SSSS und UGS Nezavisnost erfreuen. Obwohl Serbien noch kein EU-Mitgliedsland ist, wurden diese Gewerkschaften am 22. Oktober 2014 als vollwertige Mitglieder in den Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) aufgenommen.

Im Jahre 1996 bildete sich ebenfalls der Verband der freien und unabhängigen Gewerkschaften ASNS aus dem Zweig der Metallgewerkschaft UGS Nezavisnost. Die Gewerkschaft wurde schlagartig durch die Person des damaligen ASNS-Vorsitzenden Dragan Milovanovic bekannt, der das Amt des Arbeitsministers in der Regierung von Zoran Djindjic bekleidete. Heute ist der Einfluss von ASNS im serbischen System der industriellen Beziehungen relativ gering und wird auf einzelne Großbetriebe in acht Branchen reduziert. Den schwindenden Einfluss versucht die Gewerkschaft durch kontroverse Kooperationen mit politischen Parteien zu kompensieren. So unterstützte der ASNS vor den Parlamentswahlen 2012 die wirtschaftsliberale Partei LDP (Liberaldemokratische Partei) und bekam dafür einen Vertreter im serbischen Parlament. Dieses politische Engagement hat sich aber unter dem Strich negativ auf das ohnehin beschädigte Image der Organisation ausgewirkt.

Neben diesen Gewerkschaften wird die aktuelle Landschaft Serbiens um Gewerkschaften ergänzt, die nach dem Jahre 2000 entstanden sind. Die finanziell einflussreicheren Gewerkschaften, die mit der Arbeit von SSSS Führung nicht zufrieden waren, gründeten im Jahre 2003 die Konföderation der freien Gewerkschaften, KSS. Dieser Dachverband hat starke Präsenz in den größten staatlichen Betrieben (Serbische Telekom, Staatlicher Energiekonzern Elektrowirtschaft Serbiens u. a.), die von den negativen Auswirkungen der Wirtschaftsrezession und den Entlassungswellen der Jahre 2008 bis 2013 am wenigsten betroffen waren. Eine Ausnahme stellt die

2. Der »Vereinigten Branchengewerkschaft Unabhängigkeit« steht seit ihrer Gründung der Vorsitzende Branislav Čanak vor.

Industriegewerkschaft Serbiens, ISS dar, die die Arbeitnehmer_innen in der Privatwirtschaft organisiert und seit November 2015 offizielle Mitgliederorganisation der KSS ist. Einige KSS-Branchengewerkschaften sind bereits als vollwertige Mitglieder den europäischen Gewerkschaftsverbänden beigetreten (UNI Europa, UNI Global, EUROFEDOP, INDUSTRIALL European Trade Union), weshalb auch der Dachverband nach einer Mitgliedschaft im europäischen Gewerkschaftsbund EGB strebt. Obwohl für serbische Verhältnisse ziemlich mitgliederstark (nach eigenen Angaben 170.000 Mitglieder), zeichnet sich die KSS nach wie vor durch eine äußerst lose Organisationsstruktur, starke Branchen- und Einzelgewerkschaften und eine schwache Koordinierungsstelle mit stark limitierten organisatorischen und analytischen Kapazitäten aus. Das Kernziel sieht dieser Dachverband in seinem Einzug in das staatliche tripartite Gremium, den Sozialwirtschaftlichen Rat Serbiens, sowie der Überprüfung der vorhandenen Institutionen des Sozialdialogs.

Die Vereinigte Gewerkschaft USS SLOGA betrat 2008 als neuer Gewerkschaftsdachverband die Szene. Von Anfang an scheuten sich die Funktionäre dieser relativ kleinen Gewerkschaft nicht, ihren gesellschaftspolitischen Anspruch zu betonen. Organisationsschwerpunkte sind kommunale Betriebe und Industriebetriebe, darunter die wenigen ausländischen Investitionen wie die Automobilzulieferer in Zentral- und Südserbien und Teile des öffentlichen Dienstes. Als einziger Dachverband in Serbien ist USS SLOGA (auf Serbisch »Eintracht«) offen linksorientiert. Obwohl die ideologische Selbstpositionierung der politischen Akteure in Serbien mit Vorsicht zu verstehen und von kurzfristigen Interessenüberlegungen geleitet ist, pflegen die Funktionäre von SLOGA in der Tat einen auffällig kritischeren Ton gegenüber der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung. In den vergangenen Jahren führte USS SLOGA eine mediale Kampagne gegen die Arbeitsbedingungen beim südkoreanischen Autozulieferer JURA in Kragujevac, was auf überraschend großes Interesse der Öffentlichkeit stieß. Mit der Kampagne wurde zugleich das aktuelle Wirtschaftsmodell der Regierung Vučić angeprangert, welches, aus Sicht der USS SLOGA, eine investorenfreundliche Politik ohne Rücksicht auf nationale Arbeitsstandards betreibt. Zu den Parlamentswahlen 2014 nahm USS SLOGA auf der Wahlliste der Demokratischen Partei (DS) teil und konnte so einen Vertreter im serbischen Parlament platzieren. Die USS SLOGA-Funktionäre sehen im Sozialwirtschaftlichen Rat die Wurzel der gewerkschaftlichen Zerstrittenheit und fordern daher die

komplette Abschaffung dieses Gremiums. Um ihre internationale Position zu verbessern, trat USS SLOGA Anfang 2016 dem Weltgewerkschaftsbund WFTU bei.

Neben diesen Gewerkschaften, die das Gros des Gewerkschaftsspektrums abdecken, gibt es noch eine Reihe kleinerer Betriebsgewerkschaften, die keine Mitglieder in übergeordneten Strukturen sind, sondern unabhängig von den Dachorganisationen existieren.

1.2 Zwischen Polarisierung und Konsolidierung

Die Gewerkschaftslandschaft mit ihren fünf Dachverbänden ist von zwei konfrontativ einander entgegengesetzten Blöcken geprägt. Auf der einen Seite steht ein Bündnis der selbstständigen Gewerkschaften Serbiens SSSS und der UGS NEZAVISNOST. Deren Zusammenarbeit stammt, abgesehen von zeitweiligen Reibereien, noch aus einem Ende 2013 unterzeichneten Abkommen über gemeinsame Aktivitäten gegen eine angekündigte Novelle des problematischen Arbeitsgesetzes, welche das Arbeitsverhältnis in beträchtlichem Maße flexibilisierte.³ Auf den ersten Blick mag diese Zusammenarbeit überraschen, angesichts persönlicher Animositäten und langjähriger Streitigkeiten sowohl hinsichtlich sozioökonomischer Themen als auch ungelöster Fragen bezüglich des Altvermögens der Gewerkschaft u. a. m. Die Gründe für die fortdauernde Zusammenarbeit dürften aber darin liegen, dass die mitgliederschwache Gewerkschaft NEZAVISNOST im Bündnis mit der zahlenmäßig stärksten SSSS ihre eigene Organisation auf nationaler Ebene stärken will.

Auf der anderen Seite stimmen die Vereinten Gewerkschaften Serbiens USS SLOGA, die Konföderation der Freien Gewerkschaften KSS und die Assoziation der freien und unabhängigen Gewerkschaften ASNS diverse Aktionen miteinander ab. Eine angekündigte Annäherung dieser drei Dachverbände unter dem Titel »Serbische Gewerkschaftsfront« hatte sich allerdings nicht realisieren lassen. Nach einem gemeinsamen Protest gegen das neue Arbeitsgesetz, zu dem sie in Belgrad rund 5.000 Menschen hatten mobilisieren können, löste sich diese Gewerkschaftsinitiative 2015 wieder auf. Dennoch wird in den öffentlichen und medialen Auftritten ihrer Aktivist_innen eine Solidarität unter den »nicht-repräsentativen« Gewerkschaften weiterhin evident.

3. Am 18. Juli 2014 verabschiedet.

1.3 Schwache Ressourcen und begrenzte Handlungsmöglichkeiten

Die Gewerkschaften in Serbien haben die Privatisierung ihrer Fabriken im Laufe der Transformation »wie gelähmt« von außen verfolgt. Selbst heute schaffen sie es nicht, die Mitarbeiter_innen zu organisieren, die im privaten Sektor unter schlechtesten Arbeitsbedingungen arbeiten und miserable Löhne beziehen.⁴ Gewisse Ausnahmen kann man in den großen, von ausländischen Firmen privatisierten Unternehmen finden, wo nach der Privatisierung die alten Gewerkschaftsstrukturen mit »übernommen« wurden.⁵ Serbien hatte in seinem wirtschaftlichen Umbruchprozess auf eine »Schocktherapie« gesetzt, in der Firmen aus staatlichem oder gesellschaftlichem Besitz in Privatbesitz übergingen. Eine Folge dieser Transformationsprozesse lag in einer ausgeprägten De-industrialisierung des Landes.⁶ Eine weitere Folge ist die hohe Arbeitslosenquote von mittlerweile 20 Prozent.⁷ Neben anderen Faktoren hat die hohe Arbeitslosigkeit auch beträchtliche Einnahmeverluste der Gewerkschaftsorganisationen zur Folge gehabt.

Die Finanzierung stellt für alle Gewerkschaften Serbiens ein ernsthaftes Problem dar, denn die Branchengewerkschaften und die Dachorganisationen werden nach wie vor schlechter finanziert als die Betriebsgewerkschaften. Die Mitgliedsbeiträge – sowohl was die Höhe des erhobenen Betrages als auch die Verteilung auf die maximal drei Organisationsebenen betrifft – reichen kaum aus, die Kosten von Branchen- und Dachorganisationen zu decken, geschweige denn, landesweite Kampagnen durchzuführen. Je nach Satzung verbleiben von ein Prozent des Monatslohns eines Mitglieds etwa die Hälfte bei den Betriebsorganisationen, zwischen zehn bis 30 Prozent erhalten die Branchengewerkschaften und regionalen Strukturen und der Rest kommt bei den Dachverbänden an.

Eine schwache Finanzierung der höheren Gewerkschaftsgremien verhindert eine effiziente Maßnahmenkoordination. Deshalb können die Gewerkschaften kaum aus-

reichend analytische oder organisatorische Kapazitäten aufbauen, die bei einer argumentativen Auseinandersetzung mit dem Staat oder Arbeitgebern notwendig sind. Mit der Ausnahme von SSSS, die eine immer noch ziemlich hohe Anzahl an Mitarbeiter_innen behalten hat, kommen die anderen Dachverbände nur mit wenigen Expert_innen aus. Als Rechtsnachfolgerin der ehemaligen Einheitsgewerkschaft kommen dem SSSS dabei die Mieteinkünfte aus Immobilien in besten Lagen zu Gute. Diese Immobilien sind immer noch ein hochbrisantes Thema innerhalb der Gewerkschaften, nicht nur in Serbien, sondern in der ganzen Region. Anstatt auf Erhöhung der Mietgliederzahlen und Restrukturierung der Mitgliederbeiträge setzen die serbischen Gewerkschaften mittlerweile stark auf EU-finanzierte Projekte. Es besteht die Gefahr, dass sich durch die stärkere Fokussierung auf derartige Projektarbeit die Distanz zwischen Dachverband und Betriebsebene noch weiter vergrößert.

An der Basis werden Gewerkschaften nach wie vor mit direkten »sozialen Leistungen« assoziiert. In der Folge werden die finanziellen Mittel, die den Betriebsgewerkschaften verbleiben, wie in alten Zeiten häufig zur Beschaffung kostengünstiger Waren (Nahrungsmittel, Kleidung), Besorgung von Urlaubsplätzen, die Organisation von Sportfesten etc. genutzt. Obwohl mindestens formell der Raum für die Gründung von Betriebsräten im aktuellen Arbeitsgesetz gegeben ist, wird dieses Instrument der betrieblichen Arbeitnehmervertretung in der Praxis nicht genutzt. Die Einführung von Betriebsräten scheitert vor allem an mangelndem Verständnis ihres Potentials. Die Betriebsratspraxis in Industrieländern bleibt in Serbien weitgehend unbekannt. Dem Gesetzgeber und der Arbeitgeberseite erscheinen Betriebsräte ohnehin als anachronistisch und als Relikt aus sozialistischen Zeiten. Die Gewerkschaften andererseits wittern in ihnen eine Konkurrenz, die ihre ohnehin schwache Position zusätzlich schwächen könnte. Deshalb werden Betriebsräte in Serbien auch in absehbarer Zukunft keine wichtige Rolle spielen.

Eine starke gewerkschaftliche Hochburg bleiben nach wie vor der öffentliche Bereich wie Gesundheits- und Bildungswesen, Polizei, öffentliche Verwaltung und die großen, nicht privatisierten Staatsbetriebe wie z. B. die serbische Telekom, das Stromversorgungsunternehmen EPS oder die serbische Eisenbahn. Die Gewerkschaftslandschaft in diesen Einrichtungen ist allerdings von extremer Fragmentierung gekennzeichnet. Allein im Bil-

4. Der Durchschnittslohn in Serbien beträgt 450 Euro.

5. Autoherstellerfirma Fiat in Kragujevac, Stahlwerk Sartid in Smederevo usw.

6. Allein im Zeitraum unmittelbar vor der Wirtschaftskrise (zwischen 2000 und 2007) sank der Anteil handelbarer (also exportierbarer oder mit Importen konkurrierender) Güter am Sozialprodukt von 42 auf 24 Prozent. Die Wirtschaftskrise hat die Lage zusätzlich verschlimmert.

7. Den ca. 1,7 Millionen Beschäftigten in Serbien stehen über 700.000 Arbeitslose und ca. 1,4 Millionen Rentner_innen gegenüber.

dungswesen agieren derzeit vier große Gewerkschaften, die bei den Verhandlungen unkoordiniert mit unterschiedlichen Forderungen auftreten. Trotz der schlechten Koordinierung und schleppender Tarifverhandlungen haben Arbeitsniederlegungen hier aber weiterhin die Macht, das Funktionieren des Staates und somit die Legitimität der Regierung in Frage zu stellen. Deshalb gelingt es hier nach wie vor, die vergleichsweise größte Anzahl gültiger Tarifverträge abzuschließen.

Serbien besitzt keine Tradition rein tariflicher Arbeitskämpfe oder tarifpolitischer Erfolge. Die mangelnde Kooperationsbereitschaft der Gewerkschaftsführer sowie häufige, aggressive und gewerkschaftsfeindliche Kampagnen in den Boulevardblättern haben zur Erosion gewerkschaftlicher Macht und Akzeptanz beigetragen. Hinzu kommt, dass ähnlich wie die politischen Parteien, die Gewerkschaften in der Öffentlichkeit nicht mit den eigenen Leistungen, sondern mit ihren langjährigen Führungspersonen identifiziert werden. All dies hat zur Konsequenz, dass Gewerkschaften in Serbien heute nicht in der Lage sind, größere gesellschaftliche Proteste oder Streikaktionen zu organisieren. Nach den Angaben des Bundes der Selbstständigen Gewerkschaften Serbiens wurden im Jahr 2015 gerade einmal 21 Streiks und zwölf Protestaktionen organisiert, die fast ausschließlich auf Betriebsebene stattfanden.⁸ Da die meisten dieser Aktionen in Unternehmen organisiert wurden, die kurz vor der Insolvenz standen, konnten sie auch keine wirklichen Effekte erzielen.

2. Gewerkschaften und Staat

Obwohl Serbien weder Mitglied der Europäischen Union noch der Eurozone ist, konkurriert es mit allen anderen europäischen Ländern um ausländische Investitionen. Deshalb setzt Serbien – wie andere Länder auch – auf die Flexibilisierung von Arbeitsstandards, niedrige Löhne, Sozialleistungen und Steuern, um ausländisches Kapital ins Land zu ziehen. Der dominante ökonomische Diskurs in Serbien ist von zahlreichen inländischen und ausländischen Wirtschaftsvereinigungen, Lobbygruppen, internationalen Organisationen wie IWF und »Mainstream«-Ökonomen geprägt, die seit Jahren auf den Abbau der Arbeits- und Sozialstandards als Voraussetzung für Wirt-

schaftswachstum und höhere Wettbewerbsfähigkeit bestehen. In diesem Gesellschaftsklima finanzierte 2014 die serbische Regierung eine CNN-Werbekampagne, die Serbien als Land mit hochqualifizierten und »sehr billigen« Arbeitskräften präsentiert und deshalb bei den Gewerkschaften auf Unmut stieß.⁹

Das Verhältnis aller gewerkschaftlichen Verbände gegenüber der arbeitgeberfreundlichen Regierung von Aleksandar Vučić spitzte sich deutlich seit Juli 2014 zu. Neben einer von den Arbeitgeberverbänden vorgeschlagenen Regelung, die faktisch die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen außer Kraft setzte und damit die Tarifverhandlung marginalisierte, wurden weitere Änderungen des Arbeitsgesetzes verabschiedet, die auf die Ausweitung der flexibilisierten Arbeitsverhältnisse und die Lockerung des Kündigungsschutzes zielten. Dazu wurde eine Reihe von systemrelevanten Gesetzen verabschiedet, die die Gewerkschaftsarbeit unmittelbar betreffen.¹⁰ Vor der Verabschiedung dieser Gesetze kam es zu einem Austritt der Gewerkschaften aus den Verhandlungsgruppen des tripartistischen Rates, zu heftigen öffentlichen Debatten sowie zu einigen Protesten vor dem serbischen Parlament, die – in Anbetracht der komfortablen Mehrheit der regierenden Koalition – allerdings ohne großen Effekt blieben. Nichtsdestotrotz ist inzwischen ein verbessertes Verhältnis der Spitzenleute der Gewerkschaften zum Premierminister Aleksandar Vučić erkennbar, der sich diplomatisch über den hohen gesellschaftlichen Wert des sozialen Dialogs äußert. Demgegenüber äußert sich der zuständige Minister für Arbeit und Sozialpolitik, Aleksandar Vulin, in seinen Medienauftritten gern negativ über Gewerkschaftsführer. Großen Unmut erzeugte er, als er ganz ohne Beteiligung der Gewerkschaften einen Arbeitskreis von Experten bildete, um ein neues Arbeitsrecht auszuarbeiten.

Der zweite Grund für die Verschlechterung der Beziehungen zur Regierung sind Maßnahmen der fiskalischen Konsolidierung, zu welchen unter anderem eine Lohnsenkung von zehn Prozent im öffentlichen Sektor zählte. Am stärksten betroffenen waren die Beschäftigten im Bildungs- und Gesundheitswesen, die mit ohnehin niedrigen Gehältern auskommen mussten. Deshalb kam es im

8. Analyse der Proteste im 2015 Homepage SSSS (Abgerufen am 30.08.2016) <http://www.sindikats.rs/protesti.html>.

9. Tageszeitung BLIC (abgerufen am 8.9.2016); <http://www.blic.rs/vesti/drustvo/koliko-smo-jeftini-pks-reklamira-srbiju-kao-da-pripada-trecem-svetu/3zxbk4s>.

10. Das Gesetz über Privatisierung und Insolvenz.

November 2014 zu zahlreichen Streiks, die von Gewerkschaften gerade in diesen Branchen organisiert wurden. Die Mediendarstellung und das Ansehen der Gewerkschaften in der Gesellschaft haben sich aber trotz der Protestaktionen nicht verändert. Vielmehr erscheinen von Zeit zu Zeit und oftmals im Kontext der Verabschiedung strittiger Gesetze in auflagenstarken Boulevardzeitungen tendenziöse Artikel über die vergleichsweise hohen Bezüge von Gewerkschaftsführern, über Korruption bei Gewerkschaften usw. Viele Gewerkschaftsaktivist_innen haben öffentlich der Regierung und dem Arbeitsministerium die Urheberschaft für solche Texte zugewiesen. Nicht zuletzt, um den Schaden durch die negative Presse im Land zu begrenzen, bemühten sich die beiden repräsentativen Gewerkschaften um eine Steigerung ihres Ansehens auf internationaler Ebene. Dabei sind ihnen durchaus einige Erfolge geglückt. So kam 2014 der Vorsitzende des DGB, Reiner Hoffman, zu Besuch, der seine serbischen Kolleg_innen leidenschaftlich unterstützt und an die Regierung appelliert hatte, zum Verhandlungstisch zurückzukehren und keine wichtigen Entscheidungen ohne die Gewerkschaftsvertreter_innen zu treffen. Ein funktionierender sozialer Dialog in Serbien wurde im Februar und November 2015 auch von Bernadette Segol, der Generalsekretärin des Europäischen Gewerkschaftsbundes, sowie von Sharan Burrow, der Generalsekretärin des Internationalen Gewerkschaftsbundes, gefordert.

Obwohl unter der neuen Vučić-Regierung die Arbeit des Sozialwirtschaftlichen Rates nun von allen beteiligten Parteien wieder aufgenommen wurde, sind die Verhältnisse zwischen den Sozialpartnern immer noch von tiefem Misstrauen geprägt.

3. Gewerkschaften und ihre Kernaufgaben

3.1 Sozialer Dialog im Schatten des Staates

Nach der demokratischen Wende im Jahr 2000 wurde die Rhetorik der »sozialen Partnerschaft« nach Vorbild mancher kontinentaleuropäischer Länder eingeführt. Nach diesem Modell sollten die Gesetze, die die sozio-ökonomische Sphäre betreffen, durch die kontinuierliche Konsultation mit den Sozialpartnern (Arbeitgebervereine, Gewerkschaften) die notwendige politische und rechtliche Legitimität erhalten und damit zu Stabilität im

Kontext der europäischen Integration Serbiens beitragen. Auf Initiative der Gewerkschaften hin wurde 2001 die Institution des tripartistischen Landesrates für Interessenbestimmung (Gewerkschaften, Arbeitgeber und Staat) der sogenannten Sozialwirtschaftliche Rat Serbiens (SES), gegründet. Gleichwohl befindet sich der Prozess des tripartistischen sozialen Dialogs sowohl auf der nationalen als auch auf lokaler Ebene seit Beginn in der permanenten Krise. Die Ursachen der äußerst bescheidenen Effekte liegen in besonderem Maße darin, dass der mit seinen rund 600 000 öffentlich Beschäftigten als größter Arbeitgeber auftritt und so kaum eine »dritte« Rolle im tripartistischen Gremium einnimmt. Zudem steht er wegen hoher Verschuldung seit Beginn der Demokratisierung unter dem Druck internationaler Geldgeber wie dem Internationalen Währungsfonds, insbesondere Personalkosten zu minimieren. Wenn dann schließlich wichtige Gesetze im Eilverfahren und ohne Konsultation des Sozialwirtschaftlichen Rates verabschiedet werden, entzieht sich der Staat dem sozialen Dialog, den er selbst in Form des SES institutionalisiert hat.

Weiterhin wird die Legitimität des Gremiums an sich wegen der problematischen Repräsentativität der Sozialpartner infrage gestellt. Um anerkannter Partner in den tripartistischen Verhandlungen zu werden, müssen die Parteien bestimmten quantitativen und qualitativen Repräsentativitätskriterien auf Branchen- und Betriebsebene gerecht werden.¹¹ Anfang der 2000er-Jahre wurde den Gewerkschaften SSSS und UGS Nezavisnost sowie der Arbeitgeberunion Serbiens diese Repräsentativität auf der nationalen Ebene attestiert. Seitdem beklagen sowohl die außen stehenden Gewerkschaften als auch andere Arbeitgeberorganisationen, dass die »Insider« jede weitere Neuprüfung dieses Status blockieren. Die Repräsentativität der neuen Organisationen kann nur im Repräsentativitätsausschuss des Sozialwirtschaftlichen Rates erfolgen, der aber wiederum von den Mitgliedern der »Insider«-Organisationen besetzt ist. Mit der Zustimmung zum Eintritt eines neuen »Players« würden die »Insider« praktisch für die Verringerung ihres eigenen Einflusses am Verhandlungstisch stimmen. Außerdem beklagen Gewerkschaftsvertreter_innen ständig, dass sich die wirklich mächtigen wirtschaftliche Akteure¹² auf

11. Um als representative Tarifpartei anerkannt zu werden, müssen Gewerkschaften auf Betriebsebene 15 Prozent und auf Branchenebene zehn Prozent der Arbeitnehmer_innen organisieren.

12. Bund der ausländischen Investoren, Amerikanische Wirtschaftskammer, Wirtschaftsverein »Privrednik«).

der Arbeitgeberseite durch erprobte Instrumente der Lobbyarbeit seit langem dem institutionellen sozialen Dialog entziehen.

Grundsätzlich ist nicht einmal die operative Arbeit des Gremiums haushalterisch gesichert. Das Sekretariat des Sozialwirtschaftlichen Rates ist nicht in der Lage, aus eigenen Ressourcen die analytische oder publizistische Arbeit zu betreiben geschweige denn das Netz der Lokalen Sozialwirtschaftlichen Räte landesweit auszubauen. Deshalb beteiligt sich das Gremium an Projekten, die von europäischen Institutionen oder ausländischen Stiftungen finanziert werden. Die häufigen Neuwahlen in den vergangenen zehn Jahren sind ein weiterer störender Faktor, der sich auf die Arbeitskontinuität der Ständigen Arbeitsgruppen des Sozialwirtschaftlichen Rates negativ auswirkt. Deshalb überrascht es nicht, dass die Bedeutung des Gremiums in der medialen Wahrnehmung auf seine beratende und informative Rolle bei der Festlegung des Mindestlohns beschränkt bleibt. Da es in der Regel in diesem Prozess zu keiner Einigung zwischen den Sozialpartnern kommt, wird die Entscheidung in der Regel unilateral von der Regierung auf Basis eigener sachkundiger Einschätzungen aktueller Wirtschaftstrends getroffen. Der Mindestlohn beträgt derzeit ein Euro pro Stunde (121 Dinar), was bei Vollzeitarbeit nur 60 Prozent des zur Existenzsicherung nötigen Einkommens deckt.

Trotz des tatsächlich niedrigen Einflusses auf wirtschaftspolitische Entscheidungen bleibt die Teilnahme im Gremium hoch auf der Prioritätenliste der serbischen Gewerkschaften. Hier geht es auf informeller Ebene um die Frage des Ansehens und die Möglichkeit, als rechtlich legitimierte Arbeitnehmervertreter an staatlichen und internationalen Projekten teilzunehmen. Die Funktionär_innen von Nezavisnost und SSSS werden automatisch in eine Vielzahl von Entscheidungsstrukturen der dreiseitig verwalteten Gremien (Sozialwirtschaftlicher Rat, Arbeitsamt, gesetzlicher Renten- und Gesundheitsfonds) einbezogen, sodass hinter den gewerkschaftlichen Streitigkeiten auch ein finanzielles Motiv nicht zu vergessen ist. Viele Beobachter sehen aber gerade in dieser starken institutionellen Einbindung der Gewerkschaften in die Verhandlungsprozesse des sozialen Dialogs den wahren Grund für den Verlust ihres öffentlichen Ansehens. Die höchsten Gewerkschaftsfunktionäre werden nun als Teil der politischen Klasse gesehen, die sich damit nicht besonders stark von den politischen Parteien unterscheiden.

3.2 Die Erosion der Tarifstrukturen

Kollektivverhandlungen sind in Serbien durch das gültige Arbeitsgesetz und indirekt durch eine Reihe von Konventionen und Empfehlungen internationaler Organisationen reguliert. Dennoch schaffen diese Dokumente seit Jahren keine günstigen Rahmenbedingungen für die Stabilisierung der Tariflandschaft. Es fehlt an gangbaren Prozeduren, Mechanismen, Rechten und Verpflichtungen der Tarifparteien im Verhandlungsprozess. Die fehlende Regulierung dürfte auch vom geringen Interesse des Gesetzgebers für ein stabiles Tarifsysteem zeugen. Grundsätzlich dominieren in Serbien Firmentarifverträge. In diesem Zusammenhang stellt sich das Fehlen der entsprechenden Verhandlungsstrukturen als eines der größten Probleme dar. Laut aktuellem Arbeitsgesetz muss ein Arbeitgeberverband zehn Prozent aller Arbeitgeber in einer Branche organisieren, um als repräsentativer Verhandlungspartner anerkannt zu werden. Die Mitgliedsunternehmen der Union der Arbeitgeber Serbiens (UPS) jedoch beschäftigen nur eine kleine Anzahl der Arbeitnehmer_innen und können so nicht als relevante Verhandlungspartner auftreten. Die Gewerkschaften in vielen Branchen (Metallindustrie, Bankensektor oder Einzelhandel) beklagen seit Jahren, dass die großen Unternehmen mit vielen Beschäftigten eben nicht Mitglieder der serbischen Arbeitgeberunion sind. Infolgedessen sprechen die Sozialpartner mehr übereinander, als miteinander.

Das alles hat zur Folge, dass derzeit insgesamt nur zehn Branchentarifverträge in Kraft sind, davon nur einer in der Privatwirtschaft (Straßenbau). Die anderen Branchentarifverträge wurden im öffentlichen Sektor abgeschlossen, wo der Staat als Verhandlungspartner auftritt (Kulturbereich, Gesundheitswesen, Polizei, Bildungswesen, öffentliche Verwaltung, Kommunale Betriebe usw.).¹³

Nach dem Amtsantritt der Regierung Vučić 2012 und Änderungen des Arbeitsgesetzes aus 2014 hat sich das tarifpolitische Klima nach Ansicht führender Gewerkschafter eher noch verschlechtert. Branchentarifverträge sind sehr selten und werden durch die jüngste Lockerung der automatischen Allgemeinverbindlichkeitsregel praktisch unmöglich gemacht. Zwar können auch weiterhin Tarifvereinbarungen in Serbien durch Entscheidung des zuständigen Arbeitsministers für allgemeinverbind-

13. Die Angaben des Sozialwirtschaftlichen Rates Serbiens <http://www.socijalnoekonomiskisavet.rs/cir/doc/kolektivnopregovaranje.pdf>

lich erklärt werden und damit auch für Nichtmitglieder der Arbeitgeber- bzw. Gewerkschaftsverbände Gültigkeit erlangen. Das Arbeitsgesetz von 2014 schreibt nun aber vor, dass hierzu in Mitgliedsunternehmen eines »repräsentativen Arbeitgeberverbands« mindestens 50 Prozent aller Arbeitnehmer_innen einer Branche beschäftigt sein müssen. Zuvor hatte diese Quote bei 30 Prozent der Arbeitnehmer_innen einer Branche gelegen.

Im Endeffekt liegt die Anzahl der Beschäftigten, die in Serbien in den Geltungsbereich von Tarifverträgen fallen, bei nur 30 Prozent. EU-weit sind mehr als sechs von zehn Arbeitnehmer_innen tarifvertraglich abgesichert.¹⁴

4. Gewerkschaften und Parteien: Bündnispartner oder Konkurrenten?

Die Einflussnahme der Gewerkschaften auf die im Parlament vertretenen Parteien ist gering. Die Kontakte sind sporadisch, werden aber in der Regel im Wahlkampf intensiviert. Politische Unterstützung wird nicht selten im Tausch gegen einen Listenplatz oder ein Regierungsamt gegeben. Gute Beziehungen zu den Oppositionsparteien pflegte die Gewerkschaft USS SLOGA, welche im Laufe des Jahres 2014 im Rahmen der parlamentarischen Arbeit mit der Demokratischen Partei zusammengearbeitet hatte. Es handelte sich um eine »Zweckehe«, die es der Demokratischen Partei (DS) ermöglichte, ihren beschädigten sozialdemokratischen Ruf in der öffentlichen Meinung zu stärken. Auf der anderen Seite ermöglichte diese Koalition der USS SLOGA, mit einem eigenen Vertreter im Parlament vertreten zu werden. Obwohl den Gewerkschaften klar ist, dass ein Abgeordneter nicht viel erreichen kann, geht es hier um Prestige und mediale Präsenz.

Im Gegensatz dazu entschied sich die Gewerkschaft NEZAVISNOST für die Unterzeichnung eines sozialen Pakts zur Einhaltung minimaler sozialer Standards mit den Regierungsparteien. Dies war der Versuch, die Sozial- und Wirtschaftspolitik dieser Parteien näher an ihre Linie zu bringen.

Beide politischen Arrangements erwiesen sich nach den Wahlen als eine große Enttäuschung für die Ge-

werkschaften, die seitdem keine weiteren parteipolitischen Abenteuer eingegangen sind. Im Vorfeld der Parlamentswahlen 2012 war auch im SSSS noch sehr intensiv über ein stärkeres politisches Engagement diskutiert worden. Selbst der Vorsitzende Ljubisav Orbović begründete den seiner Meinung nach »unumgänglichen« Entschluss, sich in den Wahlkampf einzumischen, mit der Machtlosigkeit der Gewerkschaften, denen es trotz ihres enormen Einsatzes nicht gelungen sei, spürbaren Einfluss auf die Entscheidungsprozesse im Land zu nehmen. Selbst die Gründung einer eigenen gewerkschaftsnahen Partei schloss er deshalb nicht aus.¹⁵ Nach langen Beratungen mit allen politischen Parteien lehnten die Branchengewerkschaften einen solchen Schritt schließlich ab. Dies führte dazu, dass einige ranghohe Funktionäre die Gewerkschaft verließen und ihre Karrieren als Abgeordnete in den Parteien fortsetzten.¹⁶

Eine traditionelle Verbundenheit zwischen Gewerkschaften und sozialdemokratischen Parteien, wie man sie aus manchen westeuropäischen Industrieländern kennt, gibt es in Serbien nicht. In der politischen Kultur Serbiens betreiben auch Parteien, die Mitglieder der Sozialistischen Internationale sind oder deren Mitgliedschaft anstreben, keinesfalls eine genuin sozialdemokratische Politik. Den Gewerkschaften mangelt es somit an Partnern mit aussagekräftigen sozialökonomischen Parteiprogrammen, die sie vorbehaltlos unterstützen könnten. Am ehesten käme dafür wohl die Demokratische Partei (DS) infrage. Hinsichtlich ihrer sozialen Basis wie ihrer politischen Orientierung ist die DS jedoch eher mit liberalen Volksparteien als mit der traditionellen europäischen Linken vergleichbar. Der Rest der Linken in Serbien besteht aus Kleinparteien, die nur durch Koalitionen mit stärkeren Parteien am Leben erhalten werden. Hinzu kommt die von ihrer nicht allzu weit zurück liegenden Vergangenheit gebeutelte Sozialistische Partei SPS. Generell erinnert man sich an das Debakel der vom ASNS Gewerkschaftsführer Dragan Milovanović gegründeten serbischen Labour-Partei, die bei den Wahlen im Jahr 2003 weniger Stimmen erzielte, als sie zuvor an Unterschriften hatte sammeln können, um sich überhaupt zur Wahl stellen zu können.

14. <http://de.worker-participation.eu/National-Industrial-Relations/Across-Europe/Collective-Bargaining2>.

15. Öffentlicher Rundfunk Vojvodina, Gewerkschaften auf der eigenen Wahlliste? (abgerufen am 3.10.2011) http://www.rtv.rs/sr_lat/politika/sindikati-na-izborima-sa-svojom-listom_276230.html.

16. Der Prominenteste ehemalige Gewerkschafter der diesen Weg einschlug ist Milorad Mijatovic, Abgeordneter von SDPS von Rasim Ljajic.

Die aktuelle politische Konstellation erlaubt den serbischen Gewerkschaften nicht, wie politische Akteure zu agieren, die über verwandte Parteien ihre Interessen im politischen Dialog durchzusetzen versuchen, sondern es sind umgekehrt die Parteien, die Verbündete suchen, um ihre »soziale Sensibilität in eisernen Transformationszeiten« zu zeigen. Deshalb geht jede Gewerkschaft mit der offenen Unterstützung für eine der Parteien im aktuellen politischen Spektrum ein hohes Risiko ein. Jede falsche politische Koalition seitens der Gewerkschaften dürfte zu ihrem weiteren Vertrauensverlust in der Öffentlichkeit führen und zugleich die alten Konfliktlinien innerhalb der internen Strukturen bestärken.

5. Perspektiven für die nächsten Jahre

Die europäische Gewerkschaftstheorie sieht Impulse für die Revitalisierung der Gewerkschaften in Frauen- oder Jugendsektionen. In der Tat, es gibt es auch in Serbien viele Themenkomplexe auf der Tagesordnung, die von den gewerkschaftlichen Nachwuchskräften oder Frauensektionen erfolgreich aufgegriffen werden könnten. Dazu zählen die hohe Jugendarbeitslosigkeit von rund 50 Prozent, die dramatische Abwanderung qualifizierter junger Menschen ins Ausland und die um sich greifenden Formen der prekären Arbeit, Gender Pay Gap und vieles mehr. Leider verfügt derzeit nur der größte Dachverband SSSS über eine funktionierende Jugend- und Frauensektion. Dennoch wird den jungen und weiblichen Gewerkschaftsaktivist_innen auch dort faktisch nicht viel Spielraum eingeräumt. Sie werden kaum in die Entscheidungsgremien aufgenommen und es stehen ihnen nur geringe finanzielle Mittel zur Verfügung. Eine besorgniserregende Altersstruktur der Gewerkschaftsbewegung bleibt die unausweichliche und zukunftsgefährdende Folge einer solchen Gewerkschaftskultur.

Die Gewerkschaften in Serbien sehen sich mit einer Vielzahl von Herausforderungen konfrontiert, die mit deutlich reduzierten Ressourcen bewältigt werden müssen. Der amtierende Arbeitsminister Aleksandar Vulin hat bereits für die kommenden Jahre die Verabschiedung einer Vielzahl von Gesetzen angekündigt, die das Spielfeld weiter zu Lasten der Arbeitnehmerseite verändern werden. Neben der neuen Auflage des Arbeitsgesetzes wird parallel an einer Reihe von relevanten Gesetzen gearbeitet (Streikgesetz, Gesetz über friedliche Beilegung der Arbeitskonflikte). Zugleich müssen die Gewerkschaften

weiterhin Antworten auf jene Fragen suchen, die die gewerkschaftliche Agenda seit Jahren dominieren. Dazu zählen die gewerkschaftliche Organisation der neuen Mitglieder in den Klein- und Mittelunternehmen, die Bekämpfung der Zunahme atypischer Beschäftigungsformen, der Ausbau des sozialen Dialogs und die Reform der sozialen Systeme. Obwohl die Fixierung der Gewerkschaften auf solche institutionelle Rechte in letzter Zeit nicht viel Erfolg erbracht hat, bleibt sie doch der einzige Damm gegen neoliberale Konzepte, eine Vorherrschaft von Wirtschaftsinteressen und eine weitere Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse, wie sie in der ganzen Region des westlichen Balkans zu beobachten sind.

In einem derartigen Umfeld müssen Gewerkschaften konfliktfähig sein und organisatorische Macht zeigen, ehe der Dialog einsetzt. Es ist zu erwarten, dass die aktuelle Regierung vom Kurs der wirtschaftlichen Liberalisierung nicht abweichen wird. Einzige Chance für die Gewerkschaften, Gegenmacht zu sichern, bleibt insofern die Einigung auf ein Minimum an gemeinsamen Forderungen. Nur dann werden sie überhaupt als Dialogpartner ernst genommen.

Anhang

Gewerkschaftliche Dachverbände in Serbien im Überblick

	Bund der Selbstständigen Gewerkschaften Serbiens (SSSS)	Vereinigte unabhängige Gewerkschaften NEZA-VISNOST	Konföderation der freien Gewerkschaften (KSS)	Assoziation der freien und unabhängigen Gewerkschaften (ASNS)	Vereinigte Gewerkschaften Serbiens Sloga (USS SLOGA)
Gründungsjahr/ Vorsitzender	1903 Ljubisav Orbović	1991 Branislav Čanak	2003 Ivica Cvitanović	1996 Ranka Savić	2008 Željko Veselinovic
Zahl der Branchengewerkschaften	28	10	11 Mitgliedsorganisationen	8	8
Organisationsbereich (Die wichtigen Branchengewerkschaften)	Öffentliche Verwaltung, Metallindustrie, Gesundheitswesen, Chemieindustrie, Bildungswesen	Gesundheitswesen, Bildungswesen, Chemieindustrie, kommunale Versorgungsunternehmen	Telekommunikation, Energie, Gesundheitswesen, Verkehr	Energie, Gesundheitswesen, Agrar- und Nahrungswirtschaft, kommunale Versorgungsunternehmen	Verarbeitende Industrie, Polizei, Verkehr, Kommunale Versorgungsunternehmen
Absolute Mitgliederzahl¹⁷	505.111	200.000	180.000	150.000	100.000
Finanzierung (Prinzip)	Mitgliederbeiträge (Grundbeitrag 1 % des Bruttolohnes)	Mitgliederbeiträge (Grundbeitrag 1 % des Bruttolohnes), Vermietung von Immobilien.	Mitgliederbeiträge und Spenden durch die starken öffentlichen Betriebe.	k. A.	Mitgliederbeiträge (Grundbeitrag 1 % des Bruttolohnes)
Politische Orientierung und parteipolitische Verquickungen	Mitte-links. Parteineutral. 2011 wurde eine eigene Parteigründung erwogen, dann aber von der Mehrheit abgelehnt.	Mitte-links. Parteineutral.	Mitte-links. Parteineutral.	Schwer zu verorten. Vertreterin von ASNS traten 2012 auf der Wahlliste der wirtschaftsliberal orientierten Liberal Demokratischen Partei (LDP) an.	Gewerkschaft sieht sich politisch links von Sozialdemokratie. Vertreter von USS SLOGA traten auf der Wahlliste der Demokratischen Partei bei den Parlamentswahlen 2014 an.
Internationale Mitgliedschaften	ETUC/ITUC seit 2014	ETUC/ITUC seit 2014	Nur auf Branchenebene (EPSU/PSI, EUROFEDOP, UNI global Union)	k. A.	Dachverband ist seit 2016 Mitglied der WTFU (World Federation of Trade Unions)

17. Es liegen keine verlässlichen Angaben zu Mitgliederzahlen der Gewerkschaften in Serbien vor. Die angegebenen Zahlen stammen von aktuellen gewerkschaftlichen Internetseiten und sind angesichts der offiziellen Beschäftigtenzahlen auf dem serbischen Arbeitsmarkt keineswegs realistisch. Es ist aber davon auszugehen dass der größte Dachverband etwa 45 Prozent der gewerkschaftlich organisierten versammelt, der zweitgrößte Dachverband erscheinen mittlerweile KSS und Nezavisnost mit 15 Prozent und zehn Prozent, die anderen Gewerkschaften (SLOGA, ASNS) sind deutlich kleinere Organisationen.



Über den Autor

Bojan Ladjevac ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Belgrad.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Mittel- und Osteuropa
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Jörg Bergstermann, Koordinator der Gewerkschaftsprogramme
Europa und Nordamerika

Tel.: +49-30-269-35-7744 | Fax: +49-30-269-35-9250
<http://www.fes.de/international/moe>

Bestellungen/Kontakt:
info.moe@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.



ISBN
978-3-95861-626-4